

■ **Seite 2: Legalisierter Raub.** Trumps »Jahrhundertdeal« – Blaupause für die Umsetzung seit Jahrzehnten vorbereiteter Annexionspläne. Von Wiebke Diehl ■ **Seite 4: Gespaltenes Land.** Zwei rechte Parteienlager konkurrierten bei der Knesset-Wahl Anfang April um Mehrheiten. Von Moshe Zuckermann ■ **Seite 6: Exklusive Demokratie.** Das Nationalstaatsgesetz bringt den zionistischen Widerspruch auf den Punkt. Von Norman Paech ■ **Seite 7: Meinhofs Albtraum.** Der Judenstaat als machtpolitische Option der deutschen Rechten. Von Susann Witt-Stahl



Ein palästinensischer Vater passiert mit seinen Kindern einen Checkpoint in Hebron, Westbank (22.2.2019). Im Stadtteil hinter der Sperranlage leben israelische Siedler unter dem Schutz der israelischen Armee – nur registrierte Palästinenser haben Zugang zu diesem Gebiet

ANNE PAQ/ACTIVESTILLS.ORG

Es geht um Land

Im Zentrum der Palästina-Frage steht kein ideologischer, sondern ein klassischer Territorialkonflikt. **Von Stefan Huth**

Ein weltoffener und toleranter Staat präsentiert sich. Wenn am Sonnabend das Finale des 64. Eurovision Song Contests (ESC) in Tel Aviv stattfindet, sind international wieder Millionen am Fernseher live mit dabei. Die Mittelmeerstadt, die viel auf ihr Image als einzige Schwulenmetropole im Nahen Osten hält, ist in diesem Jahr Austragungsort für den stets mit einem queeren Subtext unterlegten Gesangswettbewerb.

Während die Partylaune steigt und die Unterhaltungsindustrie Kasse macht, droht ein anderes Datum in Vergessenheit zu geraten: der Nakba-Tag am 15. Mai. Er verweist auf begangenes Unrecht und darauf, wie eng gezogen die Grenzen der Toleranz in Israel tatsächlich sind. Die »Katastrophe« der Palästinenser fiel mit der israelischen Staatsgründung 1948 zusammen. Fortgesetzter Landraub, Vertreibung und Flucht von Millionen verwandelten den Nahen Osten in eine Dauerkrisenregion und Israel in einen Kolonialstaat.

Im Kern geht es bis heute um Land, um einen klassischen Territorialkonflikt, von dem aller-

dings nicht nur hierzulande bestenfalls in zweiter Linie die Rede ist. Gestritten wird statt dessen vorzugsweise um Ideologisches. Kritik an der Besatzungspolitik begegnen selbsterklärte Israel-Freunde mit substanzlosen Antisemitismusvorwürfen; jüdischen Intellektuellen, die sich mit guten Argumenten gegen die israelische Regierung stellen, wird sogar Selbsthass unterstellt. Veranstaltungsverbote und mediale Treibjagden legen Zeugnis ab von der Hysterie, die den Diskurs in dieser Frage bestimmt. In einer solchen Situation tut Aufklärung Not, gilt es, sich einigen Fakten zuzuwenden, die dem Verständnis für die festgefahrene Situation im Nahen Osten aufhelfen.

Eine Lösung jedenfalls ist nicht in Sicht, im Gegenteil. Der von US-Präsident Donald Trump in Aussicht gestellte »ultimative« oder »Jahrhundertdeal« zwischen Israel und Palästinensern wird, das zeigt Wiebke Diehl in ihrem Beitrag, eine Zweistaatenlösung auf Dauer unmöglich machen und damit jede Friedensperspektive verbauen.

Gerrit Hoekman schreibt über den schwindenden Rückhalt für die Palästinenser, aus-

bleibende internationale Solidarität angesichts einer immer brutaler werdenden Besatzungspolitik. Er nimmt aber zugleich die internen Zerwürfnisse in den Blick, die die palästinensische Befreiungsbewegung tief gespalten haben.

Die Parlamentswahlen in Israel vom 9. April haben keinen Umschwung gebracht. Das war auch nicht zu erwarten angesichts von zwei rechten Parteienlagern, die da um Mehrheiten konkurrierten. Soziale Fragen oder die Okkupationspolitik spielten im Wahlkampf kaum eine Rolle. Hauptthema war die Abwahl Benjamin Netanjahus – der allerdings als Sieger aus der Abstimmung hervorging und nun seine Politik des »Weiter so« fortsetzen kann, wie Moshe Zuckermann analysiert.

Norman Paech untersucht das im vergangenen Jahr von Regierung und Knesset verabschiedete Nationalstaatsgesetz, mit dem Israel nun auch offiziell nicht mehr das Land aller seiner Bürger ist. An der Frage, ob man diese Politik Apartheid nennen darf, scheiden sich die Geister. Welche praktischen Konsequenzen sie hat, zeigen die Bilder in dieser Beilage. Sie stammen

von Anne Paq und Ahmad Al-Bazz vom Fotografenkollektiv »Active Stills«.

In den Augen vieler Rechtsregierungen weltweit setzt Netanjahu neue Maßstäbe in puncto Identitäts- und Abschottungspolitik. Konsequenz also, dass Antidemokraten wie Viktor Orbán, Rodrigo Duterte oder Jair Bolsonaro dem israelischen Staatschef ihre Aufwartung machen. Besuche in der Gedenkstätte Yad Vashem sollten ihren Missionen höhere Weihen erteilen. Warum auch deutsche Rechte in dem Judenstaat eine Machtoption sehen, darüber schreibt Susann Witt-Stahl.

Ein wichtiger Teil der deutsch-israelischen Beziehungen basiert auf Kooperationen im Rüstungssektor. Shir Hever untersucht in diesem Kontext den größten Korruptionsfall in der Geschichte Israels, der mit einem milliardenschweren U-Boot-Deal in Verbindung steht und möglicherweise noch Konsequenzen für Ministerpräsident Netanjahu haben wird.

Angesichts dieser Lage ist klar: Nach der Party herrscht wieder Katerstimmung. Doch Solidarität und Aufklärung können zumindest lindernd wirken.



»Zutritt gefährlich für israelische Staatsbürger«: Warnhinweis am Ortseingang des Dorfes Deir Ammar nordwestlich von Ramallah (»Gebiet A«, Westbank, Januar 2019)

Legalisierter Raub

Trumps »Jahrhundertdeal« – Blaupause für die Umsetzung seit Jahrzehnten vorbereiteter Siedlungs- und Annexionspläne. **Von Wiebke Diehl**

Wiebke Diehl studierte Islamwissenschaft, Politikwissenschaft und Publizistik in Berlin und Damaskus mit mehreren Studienaufenthalten in Jerusalem und Ramallah. Derzeit arbeitet sie im Büro der Linke-Abgeordneten Zaklin Nastic.

Donald Trump hatte angekündigt, seinen »Jahrhundertdeal« zur Lösung des Nahostkonflikts zu einem nicht näher definierten Zeitpunkt nach den am 7. April abgehaltenen Parlamentswahlen in Israel zu veröffentlichen. Erarbeitet wird dieser federführend von Jared Kushner, dem für seine aktive Unterstützung israelischer Siedlungs- und Annexionspolitik bekannten Schwiegersohn des US-Präsidenten. Der US-Botschafter in Israel, David Friedman – ein Hardliner, der linke Israelis »schlimmer als Kapos« (Funktionshäftlinge in KZs, die häufig mit den deutschen Faschisten kollaborierten) genannt und aktiv Spenden für die völkerrechtswidrigen Siedlungen gesammelt hat –, soll während des Erarbeitungsprozesses in die Details eingeweiht gewesen sein.

Am 7. Mai hat die Tageszeitung *Israel Hajom* ein geleaktes Dokument veröffentlicht, das die zentralen Punkte des »Deals des Jahrhunderts« enthalten soll.

Es bestätigt die Befürchtung, dass die auch im Vergleich zu früheren US-Administrationen extrem proisraelische Regierung Trump, die bereits Jerusalem als ungeteilte Hauptstadt Israels sowie die israelische Souveränität über die syrischen Golanhöhen anerkannt hat, israelische Interessen in den Vordergrund stellen und versuchen wird, die Palästinenser mit Hilfe finanzieller Anreize zur Aufgabe von internationalen verbrieften Rechten zu bewegen. Einen souveränen und lebensfähigen palästinensischen Staat, im Dokument als »neues Palästina« bezeichnet, hätte die Umsetzung der geleakten Vorschläge kaum zur Folge. Eine eigene Armee ist für den »Staat« Palästina demnach nicht vorgesehen. Wer eine zu errichtende Verbindungsbrücke zwischen Westbank und Gazastreifen kontrollieren würde, bleibt in dem Dokument offen, eine palästinensische Kontrolle der Grenzen des »neuen Palästina« scheint nicht vorgesehen zu sein. Die großen Siedlungsblöcke, inklusive ihnen zuzuschlagender weiterer Siedlungen, sollen Israel zugesprochen werden, darunter explizit auch das besonders fruchtbare Jordantal. Gesamtjerusalem soll zwar Hauptstadt beider Staaten sein, stünde aber faktisch unter israelischer Verwaltung. Von den Palästinensern wird also nicht nur erwartet, den seit Jahrzehnten an ihnen begangenen Landraub hinzunehmen, sondern sie sollen darüber hinaus zusätzliche Annexionen akzeptieren.

»Offene Landschaften«

Bereits kurz nach der israelischen Eroberung und Besetzung Ostjerusalems, der Westbank, des Gazastreifens, der syrischen Golanhöhen und der ägyptischen Sinaihalbinsel im Sechstagekrieg 1967 wurden unter Verletzung der Genfer Konventionen die ersten Siedlungen errichtet, Ostjerusalem wurde 1980 annektiert, die Golanhöhen 1981. Die Auswirkungen des immer weiter intensivierten und von allen israelischen Regierungen beförderten Siedlungsprojekts sind besonders augenscheinlich im Ostteil Jerusalems,

aus dem nach Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem in den letzten 15 Jahren etwa 3.000 Menschen vertrieben und 830 Wohneinheiten zerstört worden sind. Weitere 120 Häuser sind demnach von den palästinensischen Besitzern selbst, aber auf Geheiß der Jerusalemer Stadtverwaltung, abgerissen worden. Für Palästinenser sei es faktisch unmöglich, Baugenehmigungen zu erhalten, bestätigt die Organisation. Palästinensisch besiedelte Gebiete würden zu »offenen Landschaften« (Open scenic areas), Nationalparks oder zu militärischem Sperrgebiet erklärt. Zehntausende Palästinenser in Jerusalem droht die Zerstörung ihrer Häuser, weil sie ohne Baugenehmigung errichtet wurden.

Ziel ist eine »Judaisierung« der Stadt. Den im Vergleich zu den jüdischen weit höheren palästinensischen Geburtenraten und damit dem »demographischen Alptraum« soll durch die Enteignung von Land und dem Entzug von Aufenthaltspapieren staatenloser Palästinenser in Jerusalem entgegengewirkt werden. Durch den Bau der »Sperranlage«, die zu 85 Prozent ihrer Länge auf palästinensischem Gebiet gemäß den Grenzen von 1967 verläuft, wurden zahlreiche, ursprünglich zum Stadtgebiet von Jerusalem gehörende palästinensische Ortschaften aus der Stadt ausgelagert. Zugleich wird versucht, die großen, eigentlich zur Westbank gehörenden israelischen Siedlungsblöcke um Jerusalem an die Stadt anzuschließen. Beteiligt am Raub palästinensischen Landes sind neben Politikern und Regierungsmitgliedern auch israelische Gerichte. Erst im April wurde die Zerstörung von etwa 60 palästinensischen Häusern mit insgesamt zwischen 500 und 700 Bewohnern in Wadi Jasul, Jerusalem, von einem Bezirksgericht der Stadt abgesegnet, weil sie im sogenannten Friedenswald und ohne Genehmigung gebaut worden seien – während die Stadtregierung von Jerusalem zugleich versucht, von der Siedlerorganisation Elad illegal in ebendenselben »Friedenswald« errichtete Gebäude zu »legalisieren«.

Gunst der Stunde

Infolge der Anerkennung Jerusalems als israelischer Hauptstadt durch Donald Trump wurde die Vertreibungspolitik noch einmal deutlich intensiviert. Offensichtlich begreifen radikale Siedler genau wie die israelische Regierung die Politik der US-Administration als

Freischein, das jahrzehntealte Siedlungsprojekt noch schneller voranzutreiben. Nach Silwan, einem nahe der Altstadt und der Al-Aksa-Moschee gelegenen Ostjerusalem Stadtteil, kommen die Bulldozer inzwischen fast täglich. Vor allem in Batan Al-Hawa, einem Unterbezirk von Silwan, leben in unmittelbarer Nachbarschaft zu 50.000 Palästinensern israelische Siedlerfamilien unter staatlich finanziertem, 24stündigem Polizeischutz. 2002 hatten israelische Behörden der 1899 gegründeten, aber seit 20 Jahren von der radikalen Siedlerorganisation Ateret Kohanim kontrollierten Benvenisti-Stiftung jemenitischer Juden Ländereien in Batan Al-Hawa zugesprochen, die sich vor der Staatsgründung Israels in jüdischem Besitz befunden hatten, aber seit Jahrzehnten von Palästinensern bebaut und bewohnt werden. Nachdem inzwischen auch der Oberste Israelische Gerichtshof die Beschwerden palästinensischer Familien genau wie die von Familien aus Scheich Dscharrah, ebenfalls ein Ostjerusalem Stadtteil, endgültig abgewiesen hat, ist der Weg zur Zerstörung von zirka 500 Wohneinheiten allein in Batan Al-Hawa frei. Eine weitere Provokation für die Bewohner Silwans ist eine geplante Seilbahn für Touristen, deren Weg direkt über das von der Stadtverwaltung völlig vernachlässigte Silwan führen soll. Die Pläne für den Bau sind bereits bewilligt worden.

Wenn auch bislang keine offiziell bestätigten Inhalte des US-amerikanischen »Deals des Jahrhunderts« vorliegen, so spricht doch alles dafür, dass er zum Ziel hat, geschaffene Fakten zu »bestätigen« und die seit Jahrzehnten von Israel betriebene Vertreibungs-, Enteignungs- und Entrechtungspolitik zu »legitimieren«. Im nur zwei Wochen vor Trumps Anerkennung der israelischen Annexion des Golan erschienenen Menschenrechtsbericht des Pentagon fehlte das Beiwort »besetzt« nicht nur in bezug auf die Golanhöhen und Ostjerusalem, sondern auch für die Westbank und den Gazastreifen. Die Ankündigung Netanjahus kurz vor den israelischen Parlamentswahlen, Teile der Westbank während seiner nächsten Amtszeit annektieren zu wollen, erfolgte in diesem Wissen und aller Wahrscheinlichkeit nach auch unter Kenntnis von Details des »Jahrhundertdeals«. Dass Netanjahu sich der Unterstützung der Trump-Administration für seine Pläne sicher sein kann, erscheint durchaus realistisch.

ANZEIGE

Konrad Hecker

Der Faschismus

und seine demokratische Bewältigung

GEGENSTANDPUNKT

- Der Begriff des Faschismus
- Hitler – ein deutscher Politiker
- Demokratische Faschismustheorie oder: ‚Wie konnte es dazu kommen?‘
- Demokratische Vergangenheitsbewältigung
- Die verkehrte Faschismustheorie der Kommunistischen Internationale

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:
Gegenstandpunkt Verlag, Kirchenstr. 88 81675 München
Tel. (089) 272 1604 Fax (089) 272 1605
Email: gegenstandpunkt@t-online.de
Internet: www.gegenstandpunkt.com

ANZEIGE

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT



Gemeinsam gegen Kapital und EU

WÄHLT KOMMUNISTEN!
dkp.de



Deutsche Kommunistische Partei

Sturmreif geschossen

Die palästinensische Befreiungsbewegung hat nicht mehr viele Freunde. Dabei bräuchte sie die dringender denn je. **Von Gerrit Hoekman**

Am 14. Mai, dem Tag der israelischen Unabhängigkeit, begann in Tel Aviv der diesjährige Eurovision Song Contest. Interpreten aus ganz Europa treffen sich für vier Tage in der israelischen Hauptstadt zum fröhlichen Gesangswettbewerb. Den Palästinensern ist indes weniger zum Feiern zumute. Für sie markiert dieser Tag den Beginn der Nakba, der Katastrophe.

Es liegt nahe, in der Veranstaltung den Anlass für den massiven Raketenangriff der palästinensischen Widerstandsgruppen Hamas und Islamischer Dschihad zu vermuten, der am 4./5. Mai 2019 nach israelischen Angaben mindestens vier Israelis das Leben kostete und mehr als hundert Menschen verletzte.

Tel Aviv, wo bereits die ersten Sänger für den Song Contest probten, sparte der Islamische Dschihad aus. Das müsse aber nicht so bleiben, drohte er. »Es kann nicht sein, dass sie singen und Spaß haben, während wir leiden«, sagte auch ein namentlich nicht genannter Hamas-Führer gegenüber der israelischen Tageszeitung *Haaretz*. »Die Eurovision kann nicht in Tel Aviv stattfinden, wenn es in Gaza keine Erleichterung gibt.«

Wie nicht anders zu erwarten und von den Islamisten einkalkuliert, reagierte Israel mit einem Bombardement auf Gaza. Nach dem Schlagabtausch am 4./5. Mai lag die Todeszahl unter den Palästinensern bereits bei 24, darunter zwei Schwangere und Kinder, wie der TV-Sender *Al-Dschasira* unter Berufung auf das Gesundheitsministerium in Gaza berichtete. Israel will sich das Eurovisionspektakel zum Unabhängigkeitstag unter keinen Umständen vermiesen lassen.

Der Westen schweigt

Der Islamische Dschihad rechtfertigte den Raketenbeschuss auch als Vergeltung für die Toten am Grenzzaun zu Israel, wo seit März letzten Jahres regelmäßig Zehntausende gegen die israelische Blockade protestieren. Die Demonstranten schleudern kleine Brandsätze auf die andere Seite, die Grenzposten reagieren mit Tränengas, Gummigeschossen und manchmal auch scharfer Munition. Weit mehr als 200 Palästinenserinnen und Palästinensern starben bereits, viele von ihnen noch halbe Kinder.

»Marsch der Rückkehr« hat die islamistische Befreiungsbewegung Hamas den Protest optimistisch getauft. Doch faktisch ist sie bis jetzt keinen Schritt weitergekommen. Der meterhohe Zaun und bis an die Zähne bewaffnete israelische Grenzsoldaten halten die Einwohnerinnen und Einwohner von Gaza in ihrem Ghetto. Die moralische Empörung ist bis jetzt im Westen weitgehend ausgeblieben. In den Mainstreammedien sind die Toten nur eine Randnotiz. Erst als dann jüngst erneut die Raketen flogen, reagierten die Fernsehstationen weltweit wieder mit Sondersendungen und ausführlichen Berichten.

Die palästinensische Befreiungsbewegung hat nicht mehr viele Freunde. Fast scheint es, als habe sich die Welt von dem lästigen Problem abgewendet. Natürlich sind da immer noch die zahlreichen Solidaritätsgruppen und einige befreundete Staaten wie Kuba. Aber selbst im lange Zeit Palästina gegenüber freundlichen Afrika und im Mittleren Osten machen inzwischen immer mehr Staaten lieber Geschäfte mit Israel, als die Palästinenser in ihrem Kampf um Souveränität und Unabhängigkeit weiter vorbehaltlos zu unterstützen.



Die Folgen der Entsolidarisierung sind für die palästinensische Befreiungsbewegung katastrophal. Ein Tabu nach dem anderen fällt: Die USA haben Jerusalem als Israels Hauptstadt anerkannt, und inzwischen wird sogar öffentlich über eine mögliche Annexion der jüdischen Siedlungen auf der Westbank gesprochen. Deshalb versprechen sich die Palästinenser auch nichts vom Trumpschen »Jahrhundertdeal«.

»Das ist ein neuer Versuch, die Palästina-Frage in eine andere Richtung zu lenken, entgleisen zu lassen und zu liquidieren«, war sich Rabab Abdulhadi, Professorin an der State University in San Francisco, am 28. April gegenüber der türkischen Nachrichtenagentur *Anadolu Agency* sicher. Den Palästinensern bleibe deshalb nur eine Möglichkeit: »Das fortzusetzen, was sie tun: Widerstand leisten.«

Mohanad Mustafa von der Universität in Haifa ruft die arabischen Staaten laut *Anadolu Agency* vom 28. April auf, Schritte zu unternehmen, um die Palästinenser angesichts des Trump-Plans zu unterstützen: »Die Palästinenser sollten das Gefühl haben, dass sie einen arabischen Schild besitzen. Aber es sieht so aus, als stünden sie diesem Plan allein gegenüber.«

Die palästinensische Befreiungsbewegung ist allerdings nicht ganz unschuldig daran, dass immer mehr arabische Staaten die Geduld verlieren. Zum Beispiel Ägypten. Mühsam moderierte Kairo 2017 ein »Versöhnungsabkommen« zwischen der islamischen Hamas und der Al-Fatah von Präsident Mahmud Abbas. Doch schon wenige Wochen später war klar: Der Vertrag ist das Papier nicht wert. Weder die einen noch die anderen wollten Macht abgeben – und so bleibt die Befreiungsbewegung bis heute tief gespalten.

Schlimmer noch: Mit der eigenmächtigen Ernennung einer neuen Regierung für die Autonomiebehörde in Ramallah hat Präsident Mahmud Abbas das Tisch Tuch zwischen der Hamas, dem Dschihad und den linken Organisationen DFLP und PFLP auf der einen und der Al-Fatah auf der anderen Seite wohl endgültig zer-

schnitten. Es wird jedenfalls eine Menge Näharbeit nötig sein, um den Riss auch nur einigermaßen zu reparieren.

Lage der Flüchtlinge

»Ohne eine solche Einheit ist es schwer, unsere nationalen Rechte wiederzuerlangen«, stellt Hani Al-Masri bei *Anadolu Agency* fest, der Chef des in Ramallah beheimateten Politikforschungsinstituts »Masarat«. »Das palästinensische Volk sollte die Führung übernehmen und Druck auf die palästinensische Führung ausüben, damit sie die Einheit verwirklicht.«

Zu einem dauerhaften Frieden mit Israel gehört für die Professorin Rabab Abdulhadi auch das Rückkehrrecht der Palästinenser in der Diaspora. Durch die Kriege und Unruhen, die dem sogenannten Arabischen Frühling folgten, hat sich ihre Lage noch einmal dramatisch verschlimmert. In Syrien sind einige palästinensische Flüchtlingslager zerstört oder durch Bombardements stark in Mitleidenschaft gezogen worden, darunter das von syrischen »Rebellen« eroberte

Handarat-Camp in Aleppo und das große Jarmuk in Damaskus, das im April 2015 von Kämpfern des IS und anderen radikalen Islamisten besetzt und ausgeblutet wurde.

Vor dem Krieg wohnten in Jarmuk weit mehr als 100.000 Menschen, nun ist es eine Trümmerwüste. Zwar sollen von ehemals geschätzt 560.000 Palästinensern immer noch fast 440.000 in Syrien leben, aber sie verfügen kaum noch über funktionierende soziale und politische Strukturen.

Hoffnung besteht aber trotzdem, das lehrt die Geschichte. Als die PLO 1982 nach der israelischen Invasion in den Libanon auf maroden Seelenverkäufern Beirut über das Mittelmeer in Richtung Tunis verlassen musste, da dachten viele, schlimmer kann es nicht mehr kommen, das ist das Ende der Befreiungsbewegung. Aber nur fünf Jahre später brachte der Volksaufstand Intifada den Palästina-Konflikt mit Nachdruck zurück auf die internationale Tagesordnung. Ganz ohne PLO übrigens. Deren Repräsentanten saßen immer noch in Tunis und wurden von der Entwicklung auf der Westbank und in Gaza völlig überrascht.

Personenkontrolle am Rande einer Demonstration anlässlich des 25. Jahrestags des Massakers in der Ibrahimi-Moschee. Baruch Goldstein, ein jüdischer Siedler, hatte am 25.2.1994 in dem Gotteshaus 29 Palästinenser mit einem Sturmgewehr erschossen (Hebron, Westbank, 20.2.2019)

Gerrit Hoekman hat in Münster und Damaskus Islamwissenschaften studiert. 1999 erschien von ihm im Unrast-Verlag das Buch »Zwischen Öl-zweig und Kalaschnikow. Geschichte und Politik der palästinensischen Linken«.

Wir setzen uns in und über die Partei DIE LINKE. hinaus ein:

Für eine kämpferische, tätige, solidarische Unterstützung des palästinensischen Kampfes gegen die Besatzung!



DIE LINKE.
LAG Gerechter Frieden Nahost Niedersachsen

LSPR der LAG Gerechter Frieden in Nahost, DIE LINKE. Niedersachsen

DUISBURGER NETZWERK GEGEN RECHTS

Im israelischen Politdiskurs pflegt man zwischen zweierlei Linken zu unterscheiden: der sozialen und der politischen Linken. Die soziale Linke wusste sich über Jahrzehnte einer sozialistischen und späterhin sozialdemokratischen Herkunft und Tradition verpflichtet, wie sie sich im zionistischen Pioniermythos, in der Kibbuz-Bewegung und verschiedenen Phasen der Arbeitspartei (und ihrer Anhänger) manifestierte, wobei dieser traditionsreichen Partei auch die Gründung des Staates zugute kam. Die politische Linke, von der die Kommunistische Partei Israels und deren arabische Klientel immer schon als legitimer Koalitionspartner ausgenommen war, bildete sich als solche erst nach dem sogenannten Sechstagekrieg von 1967 mit der politisch drängenden Frage, was mit dem im Krieg von Israel eroberten Territorien, allen voran dem Westjordanland, geschehen soll. Als politisch links gelten bis heute jene, die friedensbewegt für den Rückzug aus den besetzten Gebieten und die Gründung eines souveränen palästinensischen Staates plädieren. Diese Unterscheidung ist insofern von Bedeutung, als sich über Jahre herausstellte, dass soziale Linke sich der politischen Friedenslösung gegenüber abstinenter oder gar abweisend verhalten mochten und politische Linke sich kaum je um soziale Fragen kümmerten und nicht selten gar von Trägern des Kapitals gestützt wurden.

Wenn es nun im jüngst abgelaufenen israelischen Wahlkampf hieß, ein Links-Mitte-Block »Blau-Weiß« kämpfe unter der Führung von Benjamin Gantz gegen den von Benjamin Netanjahu angeführten rechten Block, stellte sich die Frage, nach welchem Kriterium der Parteienblock von Gantz als links bzw. mitte-links apostrophiert werden könne. Die Antwort lautet: weder nach dem politischen noch nach dem sozialen. Warum sollte auch eine Partei, deren Führung sich aus drei ehemaligen Generalstabschefs (Gantz, Mosche Jaalon und Gabi Aschkenasi) und einem sich stets nach rechts orientierenden Politiker (Jair Lapid) zusammensetzt, für politisch links erachtet werden? Warum sollte eine Arbeitspartei, die sich schon vor Jahren des Kampfes um soziale Belange entledigt hat, oder eine Meretz-Partei, die im Wahlkampf nichts Relevantes aus ihrem Programm zu thematisieren wagte, oder die Parteifraktion Jair Lapid, der schon immer als dezidiert Anhänger des Kapitalismus auftrat, als sozial links angesehen werden? Die triste Wahrheit ist, dass Gantz und Netanjahu sich weder im Politischen noch im Sozialen ideologisch wesentlich unterscheiden – beide vertreten die gleiche Position in der Friedensfrage, beide ähneln sich wohl auch, soweit dies überhaupt im Wahlkampf artikuliert wurde, in ihrer Ausrichtung aufs Soziale, auf gesellschaftliche Diskrepanzen und ökonomische Klüfte.

Eines Sinnes

Worum ging es also im Wahlkampf? Nun, einzig darum, ob Benjamin Netanjahu als Person weiterhin regieren, mithin die fünfte Amtsperiode seiner Karriere antreten soll. Der Grund, warum sich diese Frage ad hominem stellte und nichts mit Gesinnung bzw. parteigetragener Anschauung zu tun hatte, besteht darin, dass Netanjahu von vielen in Israel wegen seiner persönlichen Charaktereigenschaften (manifestem Geiz und fortwährender Verlogenheit), seiner Bestechlichkeit (Gegenstand erhobener Anklagen seitens der Polizei und der Staatsanwaltschaft), seiner populistisch-hetzerischen Demagogie gegen Gegner und Feinde, der unverfrorenen Einmischung seiner Frau Sara und seines Sohnes Jair in politische und staatliche Belange, seines berüchtigten auf eklatanten Eigennutz ausgerichteten Macht- und Herrschaftserhalts etc. zutiefst gehasst wird. Es ist nicht seine rechte politische Gesinnung, die viele abstößt, sondern seine von Paranoia angetriebene, rücksichtslos-intrigante

Regierungskultur, welche er zudem mit zur Schau gestellter polemischer Stüffsanz betreibt, die ihn in den Augen vieler Israelis als widerlich erscheinen lassen. Demgegenüber wurde der politische Neuankömmling Benny Gantz von seinen Anhängern wegen seiner Unerfahrenheit in der Politik und seiner persönlichen Unbescholtenheit zum Herold einer alternativen politisch-moralischen Praxis hochstilisiert. Dies hatte, wie gesagt, so gut wie nichts mit Gesinnungskontroversen zu tun: Nach wochenlangem Schweigen von Beginn seines Eintritts in die politische Sphäre ließ sich Gantz nichts Besseres einfallen, als sich damit zu brüsten, beim letzten Gaza-Krieg 1.364 Palästinenser getötet zu haben, wobei er verschwie, wie viele Frauen und Kinder unter ihnen waren. Schon bei diesem frühen Statement war er offenbar bemüht, als militärischer Hardliner die Konkurrenz mit dem in Israel »Mister Sicherheit« genannten Netanjahu aufzunehmen. Von Friedensperspektiven keine Rede, auch nicht von seiten auch nur eines seiner Partner in der Parteiführung von »Blau-Weiß«.

Das ewige Opfer

Von nicht minderer Relevanz für den hier erörterten Zusammenhang ist allerdings die Art und Weise, wie Netanjahu, seine ihm sklavisch ergebene Gefolgschaft, vor allem aber seine fanatische Anhängerschaft dem gegen ihn artikulierten Hass begegnen. Als Donald Trump während seines Wahlkampfes erklärte, er könne auf der Fifth Avenue jemanden erschießen, ohne Wähler zu verlieren, wusste er etwas, das auch vielen Israelis (nicht nur) im letzten Wahlkampf zur bitteren Erkenntnis gereinigt sollte: Netanjahu mag sich eine noch so große moralische Schuld aufgeladen, rechtswidrig gehandelt oder sich feige und skrupellos verhalten haben, stets werden ihm seine Anhänger die Treue wahren, ihn in Schutz nehmen und vor Ungemach abschirmen. Dabei hat er es zur wahren Meisterschaft in der manipulativen Selbstdarstellung als ewig verfolgtes Opfer gebracht, das zugleich die genauen Anweisungen zu verteilen versteht, wie seine Gefolgschaft im Parlament, seine Berater in den Medien, nicht zuletzt aber seine Anhänger in den »sozialen Medien« zu reagieren haben. Nur ein winziger Bruchteil von dem, was Netanjahu angelastet wird, hätte Politiker in Deutschland, Frankreich oder Großbritannien nach kürzester Zeit zum Rücktritt gezwungen. Netanjahu in Israel kann dergleichen hingegen nichts anhaben, im Gegenteil: Die Vorwürfe verwandeln sich für ihn in politisches Kapital, das er – konspirationstheoretisch und ruchlos verleumderisch – aufs Effektivste und manipulativ zu seinen Gunsten einzusetzen vermag.

Weiter nach rechts

Wie ist das möglich? Um dies zu beantworten, muss man sich zunächst generell vor Augen halten, dass die israelische Bevölkerung in den letzten beiden Jahrzehnten einen gravierenden Rechtsruck erfahren hat. Das heißt, dass nicht nur althergebrachte linke Positionen verlassen worden sind und rechte sich radikalisiert haben, sondern auch, dass lange tabuisierte rechtsextreme Auswüchse, faschistische Ideologien und dezidiert rassistische Praktiken legitimiert und neuerdings sogar institutionalisiert worden sind. Als die Nachfolger der seinerzeit verbotenen Kahane-Partei neuerlichen Einlass in die Knesset erhielten und auf Netanjahus Empfehlung im letzten Wahlkampf in den rechten Block integriert wurden, hat dies zwar für etwas Empörung in der linken Publizistik der Tageszeitung *Haaretz* gesorgt, wurde aber ansonsten von der großen Mehrheit der israelischen Öffentlichkeit gleichmütig hingenommen, als seien solche politischen Tabubrüche für normal bzw. unaufhaltbar zu erachten. Die alten Standards dessen, was ehemals – und



Es regiert das »

Zwei rechte Parteienlager konkurrierten bei der Knesset-Wahl. Inhalte standen dabei kaum zur Debatte. **Von Moshe Zuckerman**

sei's im Hinblick auf das Schicksal der Juden im 20. Jahrhundert – als politisch unübertretbar zu gelten hatte, sind dermaßen erodiert, dass Netanjahu den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban, einen erklärten Horthy-Anhänger mit unmissverständlicher antisemitischer Rhetorik, nicht nur als Staatsgast in Israel willkommen hieß, sondern ihm als solchen auch einen Auftritt in Yad Vashem verschaffte. Wenn Politiker dieses Schlags (und einige andere aus der Weltpolitik ließen sich in diesem Zusammenhang aufzählen) zu Verbündeten des israelischen Premierministers erkoren werden, darf es nicht verwundern, wenn ihesgleichen aus der israelischen Politik – bislang zumindest illegitim und verpönt – nicht nur seinen Segen als potentielle Koalitionspartner erhalten, sondern als solche auch erwarten können, Ministerposten zu erheischen. Die Justizministerin der gerade abgelaufenen Legislaturperiode, Ajelet Schaked, hat ja nicht von ungefähr in einem Wahlkampfsport ihrer rechten Partei den Faschismus als demokratisch angepriesen. Die Erklärung, dies sei ironisch gemeint gewesen, darf man nicht ernst nehmen: Ihre Handlungen und Verfügungen als einflussreiche Ministerin im verbissenen Kampf gegen den Obersten Gerichtshof und die von ihr mit Verve systematisch betriebene Unterwanderung der richterlichen zugunsten der vollziehenden Gewalt sprechen für sich.

Ethnisch gespalten

Darüber hinaus basiert aber Netanjahus Popularität auf zwei prägnanten Faktoren der israelischen Politpraxis. Zum einen

wirkt das ethnische Ressentiment orientalischer Juden gegenüber den als »weiße Hegemonen« wahrgenommenen aschkenasischen Juden zu seinen Gunsten. Dies geht darauf zurück, dass die in den 1950er Jahren aus Jemen, Marokko und Irak in Israel eingewanderten Juden die – wie sie es sehen – »rassistische« Aufnahme und diskriminierende Integration durch das »aschkenasische« Establishment offenbar nie recht verwunden haben. Exponierte Vertreter dieser Ethnien glauben, schmachvoll als minderwertig behandelt worden zu sein, und wännen sich ihrer Kultur beraubt. Dass sie damals in ein Land einwanderten, dessen politische und kulturelle Grundlagen, mithin auch seine ökonomische Basis und materielle Infrastruktur, bereits von den Einwanderungswellen der prästaatlichen Ära – allesamt westlicher Provenienz – etabliert und institutionalisiert worden waren und somit auch dominiert wurden, vermögen viele unter ihnen bis zum heutigen Tag nicht einzusehen. Und weil sie ihre immer noch offene historische Wunde, längst schon ideologisch verdinglicht, mit der ehemaligen Arbeitspartei des ersten israelischen Premiers David Ben Gurion in Verbindung bringen, rechnen sie bis heute mit den kläglichen Überresten der historischen Partei ab. Die Wende in ihrem Wahlverhalten hat bereits in den 1970er Jahren der charismatische Führer der ehemaligen Cherut- und nachmaligen Likud-Partei, Menachem Begin, erbitterter Kontrahent Ben Gurions, eingeläutet, indem er das ethnische Ressentiment demagogisch instrumentalisierte. Begin, selbst aschkenasischer Jude, gilt ihnen seither als

Palästinenserin am israelischen Militärcheckpoint Kalandija, südlich von Ramallah, Westbank (3.4.2019)



«Weiter so»

Netanjahus Wahl Anfang April um Mehrheiten. Politische
Zuckermann

pel, dass in der herrschenden politischen Kultur der israelischen Rechten »aschkenasisch«, »die Linke« bzw. »links« und »Landesverrat« nachgerade zu gängigen Synonymen geworden sind. Ideologisch werden mit dieser identitären Manipulation die realen Klassenverhältnisse kaschiert und jene, die ein wirkliches Interesse daran haben müssten, die Politik »ihrer« Partei zu hinterfragen, in ein sich ständig verfestigendes falsches Bewusstsein getrieben.

Der religiöse Anhang

Zum anderen haben sich die religiösen Parteien im israelischen Parlament längst als »natürliche Verbündete« des seit Jahren regierenden Benjamin Netanjahu etabliert. Den ursprünglich nicht- oder gar antizionistischen Orthodoxen (Jahadut Hatorah, acht Mandate), bei denen sich allerdings gewisse Strömungen in den letzten beiden Jahrzehnten quasi »nationalisiert« haben, geht es primär um die Verfolgung blanker Interessen, denen Netanjahu nahezu umstandslos nachkommt: um die Garantie, vom Militärdienst weitgehend befreit zu werden, und darum, die finanzielle Grundlage ihrer Klientel zu sichern, ohne dass sie selbst in den Arbeitsmarkt integriert wird. Was vielen in der säkularen Bevölkerung Israels ein Dorn im Auge ist und zuweilen glühenden Hass erzeugt, benutzt Netanjahu gewieft als Spielball in seinem politischen Machtkampf. Die Orthodoxen ihrerseits wissen, dass sie sich auf ihn vollkommen verlassen können, wenn es um die Verfolgung ihrer kontroversen Interessen geht. Mit der Schas-Partei hat sich Netanjahu zudem eine weitere politische Stütze innerhalb des orthodoxen Lagers der israelischen Politlandschaft geschaffen. Er pflegt sich ihren wortführenden Rabbinern als politischer Mentor der religiösen Identität Israels zu präsentieren. Einem ihrer verehrten greisen Kabbalisten flüsterter er vor einigen Jahren ins Ohr, die Linken hätten verlernt, was es heißt, Jude zu sein. In Schas verbinden sich für Netanjahu zwei Koordinaten der von ihm betriebenen Machtagenda – zum einen handelt es sich bei ihrer Klientel fast ausschließlich um orientalische Juden, womit die ethnische Komponente bedient wäre; zum anderen zeichnen sich die Anhänger dieser Partei zumeist durch einen

moderateren Zugang zur Religion aus, im Vergleich zu den wesentlich rigoroseren aschkenasischen Orthodoxen (denen sie bis Mitte der 1980er Jahren zugehörten), wodurch sie aber auch eine größere Affinität zum Nationalen entwickelt haben. Schas errang bei diesen Wahlen acht Mandate. Nimmt man noch den Zusammenschluss dessen, was von der Nationalreligiösen Partei nach dem Ausscheiden von Naftali Bennet und Ajelet Schaked übriggeblieben ist, mit den rechtsextremen Kahanisten (Ichud Hajamin, d.h. Vereinigung der Rechten, fünf Mandate) hinzu, so konnte Netanjahu allein schon mit diesem Konglomerat religiöser-rechter Parteien auf 21 Mandate für das von ihm angeführte Lager zählen. Mit Kulanu (Mosche Kachlons Partei, vier Mandate) und Israel Beitenu (Avigdor Liebermans Partei, fünf Mandate) ergab sich für ihn ein rechtes Lager von 65 Mandaten. Israels Präsident Reuven Rivlin sah sich gezwungen, ihm die Bildung der nächsten Regierungskoalition anzutragen.

Viele in Israel sind von diesem Wahlergebnis zutiefst enttäuscht, beklagen mithin die verpasste Chance, Netanjahu abzuwählen und seiner Karriere ein Ende zu setzen. Ihre Enttäuschung zeugt vom Chimärenhaften ihrer Erwartung und von der Realitätsferne ihres politischen Ansinnens. Denn es ging bei dieser Wahl um nichts Substantielles, nichts, was auf Struktur- und Richtungsveränderung ausgewiesen wäre, und zwar weder im Sozialen noch im Politischen, geschweige denn im Außenpolitischen. Es ging nicht um Beendigung der Okkupation (niemand ließ sich auch nur einfallen, diese zu thematisieren); es ging nicht um wirtschaftliche Umorientierung, nicht um Fragen der Rechtsstaatlichkeit, der Zivilgesellschaft, schon gar nicht um soziale Gleichheit und Bekämpfung von Rassismus und Fremdenhass. Es ging einzig darum, Netanjahu abzuwählen – und der, so die bittere Erkenntnis, lässt sich nicht abwählen, wenn um seine Abwahl ein politisches Parteienlager kämpft, das letztlich nicht weniger rechts ist als das vom Abzuwählenden angeführte. Israel ist ein rechtes Land. Netanjahu passt zu ihm. In seiner Person spiegelt sich akkurat wider, was die allermeisten Bewohner dieses Landes wollen und in dezidiert Stagnation anstreben.

Prof. Moshe Zuckermann ist Soziologe und Historiker. Er lebt in Tel Aviv. Aktuelle Buchveröffentlichung: **Der allgegenwärtige Antisemit oder Die Angst der Deutschen vor der Vergangenheit.** Westend-Verlag, Frankfurt am Main 2018

der Führer, der ihre gesellschaftliche »Ehre« restituiert und ihnen mit seiner Partei eine politische Heimat, ein »Zuhause«, verschafft hat. Das Argument, dass diese von ihnen geliebte Partei nichts getan hat, um ihre ökonomische und soziale Situation real zu verbessern, schmettern sie damit ab, dass das nichts an ihrer Loyalität zur Partei ändere und sie nie fähig wären, die Arbeitspartei zu wählen. Netanjahu erweist sich in dieser Hinsicht schon seit Jahren als noch manipulativer und wesentlich durchtriebener als Begin. Er hat es in der Tat geschafft, das Ressentiment gegen die Aschkenasim mit der Delegitimierung alles »Linken« so miteinander zu kop-

ANZEIGE

COURAGE für Frieden

Schritte auf dem Weg zur konkreten Utopie einer friedlichen Welt

Der Nahostkonflikt wird immer von oben und von außen betrachtet. Internationale Spitzenpolitiker treffen sich überall auf der Welt und verhandeln Friedenspläne und Roadmaps. Dies hat die Situation seit 50 Jahren nicht verbessert, sondern verschleierte.

Viele junge Menschen auf beiden Seiten trauen den Feindbildern der heimischen Propaganda nicht mehr und wollen nicht nur Objekte von Verhandlungen sein, sondern gemeinsam ihre Zukunft mitgestalten. Die zunehmend rechtslastige, autoritäre Politik in Israel kriminalisiert und bestraft israelische Staatsbürger, die sich mit Palästinensern aus den besetzten Gebieten treffen, in den letzten Wochen wurden auch deutsche Reisegruppen in die Zivilgesellschaft Palästinas zurückgewiesen.

Das Projekt »Courage für Frieden« ist im Konzept eine Fortsetzung der »Ferien vom Krieg«, wenn auch institutionell getrennt. Es ist eines der ganz wenigen Projekte, die kontinuierlich auf beiden Seiten der Mauer aktiv sind. Viele Friedensgruppen in Israel leisten eine hervorragende Arbeit – aber innerhalb Israels, zur Gleichstellung der palästinensischen Minderheit. In der besetzten Westbank leisten auch einige Gruppen mit humanitärer Hilfe wichtige Arbeit, aber ein Diskussionsprozess wird über die Mauer hinweg kaum geführt.

Infos + Material: Courage für Frieden, Flussgasse 8, D-60489 Frankfurt
Palästina: Mohammed Joudeh/ mcc_joud@hotmail.com
Israel: Shulti Regev / shulti.regev@gmail.com
Deutschland: Helga Dieter / ubihedi@t-online.de

Spendenkonto: Evang.Bank, Sp.-Quittung: Ihre Adresse bei Zweck!
BIC : GENODEF1EK1, IBAN:DE43 5206 0410 0005 0067 59

Online-Spenden: <https://www.spendenportal.de/geldspenden/projekt/15935>
Web (im Aufbau): www.courage-for-peace.com

ANZEIGE

Palästina-Nakba-Tag

Erinnerung an die andauernde Vertreibung, die vor 71 Jahren mit der Staatsgründung Israels begann.
Für die Befreiung und Rückkehr der PalästinenserInnen.

Veranstaltung auf dem Schlossplatz
in Stuttgart, am Samstag, 15. Juni 2019,
von 12 bis 18 Uhr

Schirmfrau: Prof. em. Dr. Fanny-Michaela Reisin, ehem. Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte

Es wirken mit:

Musikana-Ensemble mit Mohammad Habbal, arabische Musikgruppe

Die sardische Musikgruppe Sandal Falastin, die Stilelemente der palästinensischen mit der sardischen Musik verbindet, mit Marco Ammar

Yalla Dabke, palästinensische Tanzgruppe, München

Attia Rajab, Palästinakomitee Stuttgart e.V.,

George Rashmawi, Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V.,

Shir Hever, Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost

Annette Groth, ehem. Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke

Der TV-Sender Aljazeera Mubashir überträgt

Wir zeigen die Ausstellung **Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948**, Fotos aus Palästina vor 1948 und Fotos der Bilder von Künstlerinnen aus Gaza
Es gibt arabisches Essen und Getränke

Veranstalter: Palästinakomitee Stuttgart e. V., Palästinensische Gemeinde Deutschland-Stuttgart e.V.



Demokratie oder Apartheid

Mit dem Nationalstaatsgesetz ist Israel offiziell nicht mehr das Land aller seiner Bürger. Es bringt den zionistischen Widerspruch auf den Punkt. **Von Norman Paech**

Vorn im Bild eine neu eröffnete Fahrbahn für palästinensische Fahrzeuge, dahinter die für israelische (Al-Saajim, Westbank, 23.1.2019)

Norman Paech ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft und öffentliches Recht an der Universität Hamburg. Seit 2007 ist er Mitglied der Partei Die Linke und engagiert sich unter anderem bei IPPNW, bei ATTAC und im Auschwitz-Komitee.

Es gehört zu den Standards der Legenden über Israel, diesen Staat als die einzige Demokratie im Nahen Osten zu bezeichnen, in den Worten des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak die »Villa im Dschungel«. Dies mag für die jüdische Bevölkerung so zutreffen, versteht sich Israel doch offiziell als jüdischer Staat. Für die Palästinenser, immerhin an die 20 Prozent der gesamten Bevölkerung, ist Demokratie allenfalls ein Wunschtraum. Dies haben Regierung und Parlament mit einem Gesetz am 19. Juli 2018 bestätigt, welches den Titel »Israel: der Nationalstaat des jüdischen Volkes« trägt. Es beginnt mit den Worten: »Das Land Israel ist die historische Heimat des jüdischen Volkes, in dem der Staat Israel entstand.« Kein Wort von dem Volk, das die Siedler dort vorfanden und dem sie ihr Land wegnahmen. Kritiker wie Unterstützer sind sich darin einig, dass es sich wohl um eines der wichtigsten Gesetze handelt, das je von der Knesset erlassen wurde. Denn ab jetzt

ist auch gesetzlich mit Verfassungsrang festgelegt, dass der Staat jüdisch ist. Er ist kein Staat aller seiner Bürger, er gewährt nur den Juden sämtliche Rechte. In der Unabhängigkeitserklärung von 1948 hatte es noch geheißt: »Der Staat Israel wird sich der Entwicklung zum Wohle aller seiner Bewohner widmen.«

Gideon Levy hat in der Zeitung *Haaretz* sofort nüchtern darauf hingewiesen: »Das Nationalstaatsgesetz setzt dem vagen Nationalismus und dem gegenwärtigen Zionismus, wie er heute existiert, ein Ende. Das Gesetz beendet die bisherige Farce, Israel sei »jüdisch und demokratisch« – eine Kombination, die nie existierte und nie existieren konnte. Denn der Widerspruch ist dieser Kombination inhärent. Die beiden Werte sind nie unter einen Hut zu bringen, außer mit Betrug. (...) Es ist ein Gesetz voller Wahrheit.« Nur wenige bekennen sich zu diesem Widerspruch so ungeschminkt wie die durch ihr »Faschismus«-Parfüm bekanntgewordene Justizministerin Ayelet Schaked: »Wir müssen den jüdischen Cha-

rakter des Staates schützen, auch wenn das bedeutet, Menschenrechte zu opfern.«

Zumindest wurde sofort nach der Verkündung des Gesetzes die arabische Sprache von einer offiziellen Sprache neben dem Hebräischen zu einem dem des Hebräischen untergeordneten Status zurückgestuft. Es verbannt Arabisch faktisch aus dem öffentlichen Verkehr. Das demokratische Prinzip der Gleichheit, welches bisher in keinem der Verfassungsgesetze verankert werden konnte, hat auch in dem Nationalstaatsgesetz keinen Platz gefunden. Es gibt eine Fülle von Gesetzen, die die arabischen Israelis seit der Gründung des Staates benachteiligen, nun hat sich die »einzige Demokratie« im Nahen Osten auch offiziell und gesetzlich von der Demokratie verabschiedet. Es stimmt, dass das Gesetz nicht viel Neues erklärt, denn schon lange geht es Tel Aviv nicht mehr einfach um das Existenzrecht Israels, sondern um das des jüdischen Israels, in dem die arabischen Israelis nur Bürger zweiter Klasse sind.

Die Knesset streift mit diesen Gesetzen allerdings nicht nur ihr demokratisches Gewand ab. Sie kann nun nicht länger verdrängen und leugnen, dass sich in Israel über die Jahre ein System der Apartheid durchgesetzt hat. Der Vorwurf der Apartheid gegen die israelische Politik gilt hierzulande inzwischen als eindeutiger Ausweis des Antisemitismus. Doch seit den Berichten der UN-Beauftragten John Dugard, Richard Falk und Virginia Tilley über ihre Untersuchungen vor Ort kann es keinen Zweifel mehr daran geben, dass in Israel und den besetzten Gebieten ein gnadenloses System der Apartheid etabliert wurde.

So schloss John Dugard seinen Bericht über die besetzten palästinensischen Territorien, den er im Januar 2007 dem Menschenrechtsrat der UNO erstattet hatte, mit folgenden Worten ab: »Die Menschenrechte in Palästina sind über sechzig Jahre auf der Tagesordnung der Vereinten Nationen gewesen und besonders in den letzten 40 Jahren seit der Besetzung von Ostjerusalem, der Westbank und des Gazastreifens im Jahr 1967. Über Jahre hinweg konkurrierten die Besetzung von Palästina und die Apartheid in Südafrika um die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft. 1994 endete die Apartheid, und Palästina verblieb als einziges Entwicklungsland in der Welt unter der Unterdrückung durch ein dem Westen verbundenes Regime. (...) Es gibt andere Regime, vor allem in der dritten Welt, die die Menschenrechte unterdrücken, aber es gibt keinen anderen Fall eines mit dem Westen verbundenen Regimes, welches die Menschenrechte eines Entwicklungsvolkes unterdrückt und dieses schon so lange.«

Es war sein letzter Bericht über die verzweifelte Situation der palästinensischen Bevölkerung. Denn Dugard, südafrikanischer jüdischer Juraprofessor, wurde 2009 auf Druck Israels durch den US-amerikanischen Kollegen Richard A. Falk abgelöst. Dugard bekannte in jenem Jahr, »ich bin Südafrikaner, der in der Apartheid gelebt hat. Ich zögere nicht zu sagen, dass Israels Verbrechen unendlich viel schlimmer sind als die Verbrechen, die Südafrika mit seinem Apartheidregime begangen hat.«

Doch Israels Staatsführung hatte auch nicht viel Glück mit dem nächsten Sonderberichterstatter Falk, der ebenfalls Jude ist. Auch er wurde nach Ablauf seines Mandats 2014 nicht wiedergewählt, weil er in der Schärfe der Kritik an der israelischen Politik John Dugard nicht nachstand. In seinem letzten Bericht an den Menschenrechtsrat im Jahr 2014 bestätigte er, dass die verlängerte Besetzung mit der faktischen Annexion palästinensischen Landes durch die permanente Ausdehnung der Siedlungen und den Bau der Mauer sowie die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für die Palästinenserinnen und Palästinenser alle Merkmale der Apartheid trägt. Er empfahl der UN-Generalversammlung, beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag ein Gutachten über den rechtlichen Status dieser verlängerten Besetzung einzuholen, in dem »der rechtlich unakzeptable Charakter von »Kolonialismus«, »Apartheid« und »ethnischer Säuberung« festgestellt wird.«

Falk wiederholte und erweiterte diesen Vorwurf in einem gemeinsamen Gutachten mit Virginia Tilley vom März 2017 für die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) der UNO. In ihm kommen die Autoren zu dem Schluss, »dass die israelische Politik als rassistisch zu beurteilen ist und zum Zwecke der Unterdrückung der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel ein Apartheid-System errichtet hat«. Der Vorwurf des Rassismus und der Apartheid rief eine derartige Empörung bei einflussreichen Mitgliedern der UNO hervor, dass UN-Generalsekretär António Guterres den Bericht von allen offiziellen UN-Webseiten entfernen ließ. Die ESCWA-Exekutivsekretärin Rima Khalaf trat aus Protest gegen diesen beispiellosen Vorgang von allen ihren Ämtern zurück und erklärte, dass sie weiterhin zu diesem Gutachten stehe. Als Guterres Virginia Tilley aufforderte, sich von ihrem Papier zu distanzieren, legte auch sie ihr Mandat nieder und bekannte sich weiterhin zu dem Bericht. Worüber soll man mehr staunen, über die Feigheit des Generalsekretärs oder den Einfluss Israels? Doch noch entscheiden sie nicht über die Wahrheit.

ANZEIGE

WESTEND Bücher für die Wirklichkeit



Plädoyer für einen Ausgleich.

Ilan Pappé beschreibt, wie der militärische Konflikt in den Jahren 1947 bis 1949 in eine systematische Politik Israels übergegangen ist, die bis heute einen Frieden in Palästina verhindert.

„Wer den Kernkonflikt im Nahen Osten besser verstehen will, sollte das mit viel Herzblut geschriebene Buch von Ilan Pappé lesen.“ **Marcel Pott im Deutschlandfunk**

Klappenbroschur, 420 Seiten. 20,- €



Ein Schonungsloser Blick auf die Deutsch-Israelische Geschichte

„Zuckermann legt den Finger in einige offene Wunden. Er macht sichtbar, wo in Deutschland und in Israel der Anti-Antisemitismus-Diskurs ins Heuchlerische umschlägt.“ **Deutschlandfunk Kultur**

„Zuckermann ist ein radikaler Kritiker der aktuellen israelischen Politik.“ **WDR**

Klappenbroschur, 256 Seiten. 20,- €

Der Jubel über die Gründung der Vereinigung »Juden in der AfD« (JafD) im Oktober 2018 war riesig. »Jetzt haben wir's geschafft, dass wir ihnen ihr liebstes Spielzeug weggenommen haben. Jetzt können sie nicht mehr die Antisemitismuskule schwingen«, triumphierte Joachim Kuhs aus dem AfD-Bundesvorstand über die politischen Gegner und lieferte damit auch gleich einen Beweis für den instrumentellen Umgang seiner Partei mit den Juden.

Zu den Kernanliegen der JafD gehört, dass keine deutschen Steuergelder mehr »an linksradikale und islamistische Organisationen in Israel fließen«. Gemeint ist etwa die Menschenrechtsorganisation B'Tselem, die von Brot für die Welt unterstützt wird. Die Interessengemeinschaft jüdischer Rechter in der AfD koschert nicht nur deren aggressive, vor allem gegen Muslime gerichtete Antimigrationspolitik ein. Sie flankiert auch den Schulterchluss der Partei mit den nationalreligiösen Ultras in Israel, die die bürgerliche Demokratie des Landes mehr und mehr aushebeln und die Annexion des Westjordanlandes vorantreiben. »Israel ist unsere Zukunft in der Form, wie man mit dem Islam umgeht«, hatte der mittlerweile ehemalige AfD-Politiker Markus Pretzell bereits 2017 ein zentrales Strategieziel seiner Partei offenbart.

Die außerparlamentarische Rechte dekliniert den »Umgang« mit »Koranern« und »Palifaschisten«, wie Muslime auf dem Portal *Politically Incorrect* und von anderen Krawallmedien genannt werden, schon mal durch: Ihr Ruf nach einer »identitären Internationalen« mit gewaltbereiten israelischen und proisraelischen Zionisten – inklusive der Jewish Defense League, einer Terrororganisation, die die Parole »Araber in die Gaskammern!« ausgegeben und deren Anführer Meir Kahane die Deutschen von ihrer historischen Schuld entlastet hatte – wird lauter. Von der zionistischen Rechten ließe sich zudem »die Weigerung eines nationalen Ausverkaufs und die Professionalität der Militanz erlernen«, betont das Magazin *Blaue Narzisse*, weswegen sie der ideale Bündnispartner für »deutsche Patrioten« sei.

Gegen Muslime und Linke

Die ersehnte »Solidarität im interidentitären Sinne« auch hinein ins Lager der bürgerlichen Rechten hat in der fanatisch prozionistischen *Jüdischen Rundschau* ihr Organ gefunden: Die Monatszeitung vertritt die Positionen von Donald Trump und der AfD und feiert Jair Bolsonaro; der sich radikalisierte rechte Flügel der FDP redet



Geteilte Straße im Gebiet »H2« von Hebron, Westbank. Links die Fahrbahn für israelische Siedler, rechts die für Palästinenser (21.3.2019)

Meinhofs Albtraum

Der Judenstaat als machtpolitische Option der deutschen Rechten.

Von Susann Witt-Stahl

hier ebenso gern Tacheles wie deren Sympathisanten unter den Publizisten aus den Qualitätsmedien: Henryk M. Broder, Ulrich W. Sahn, Peter Sichrovsky. Nach dem Motto »Mehr Völkerrechtsbruch wagen« wird der »Verrat« der Merkel-Regierung an Israel und den USA skandalisiert, denn sie habe noch immer nicht ihre Botschaft nach Jerusalem verlegt. Es wird auch Reklame für das umstrittene Nationalstaatsgesetz und andere Initiativen zur endgültigen Entrechtung der Palästinenser gemacht – die es gar nicht gibt, wie zugleich aus der *JR* zu erfahren ist. Der Todfeind neben den Moslems sind die Linken, vor allem die jüdischen – alles »Alibijuden«.

Die *JR* bildet auch ein Scharnier zwischen der AfD und den »Antideutschen«:

Autoren, die sonst aus der Zeitschrift *Konkret* bekannt sind, wie Stefan Frank und Alexander Feuerherdt, plazieren dort regelmäßig ihre Tiraden gegen die »umbenannte SED« und »entlarven« am Fließband »linke Antisemiten«. Auf der anderen Seite würdigen führende Köpfe des Zentralorgans der »Antideutschen«, *Bahamas*, die *JR* für ihre »Migrationskritik« – mit dem Verweis, dass die Unterscheidung von rechts und links ohnehin »borniert« sei. Die AfD wird als »objektiv einzige Stimme der Restvernunft im Deutschen Bundestag« ausgemacht, schließlich kämen aus ihren Reihen »die besten Reden« gegen den Antisemitismus und für Israel. Im deutschen Nationalismus will man kaum mehr ein Problem erkennen, denn der »Nationalsozialismus erhielt seine Spezifik gerade dadurch, dass er eine nationalistische und antinationale Veranstaltung zugleich war«.

Wenn es um »Israel-Solidarität« geht, misst sich der Unterschied zwischen Deutschlands genuiner Rechter und den noch fest im Milieu der Linken verankerten »Antideutschen« (mit dem selbsterklärten Betriebszweck, deren »Abbruchunternehmen« zu sein) nur noch an der jeweilig in Anschlag gebrachten Legitimationsideologie und dem Grad der Verblendung: Ersterer feiert bevorzugt das real existierende Israel von Netanjahu und der Siedlerbewegung. Letztere verbreiten lieber die sich aus der Propaganda der Hasbara (Öffentlichkeitsarbeit für israelische Interessen), aber auch der deutschen Restauration speisende Phantasmagorie von Israel als dem »Land der Holocaustüberlebenden«, das es objektiv allein schon aufgrund seiner mit Ressentiments gegen das Diasporajudentum aufgeladenen Staatsdoktrin nie gewesen ist.

Größter gemeinsamer Nenner

Unterschlagen wird heute die Tatsache, dass David Ben Gurion 1952 – gegen den vehementen Protest von Auschwitz-Überlebenden – vorwiegend wegen ökonomischer Zwänge mit dem »Wiedergutmachungsabkommen« der BRD genau den welthistorischen Persilschein ausgestellt hat, den sie für den Eintritt in die NATO brauchte. Als die Rabin-Regierung den Anschluss der ohnehin verhassten DDR – trotz großen Unmuts in der israelischen Bevölkerung – nach der 1991 aus Bonn vertraglich zugesicherten Schenkung von

U-Booten und dem Aufbau bilateraler Wirtschaftsbeziehungen abnickte, war der Weg für Deutschland ideologisch geebnet, diesmal im westlichen Machtblock auf der Weltbühne auch militärisch wieder eine tragende Rolle zu übernehmen. Dass Israel für die meisten Strömungen der bürgerlichen wie der extremen Rechten – von den »Antideutschen« (die auch in der Linkspartei wüten und ihren Beitrag geleistet haben, sie zur proisraelischen deutschen Staatsräson zu bringen) bis zum völkischen Höcke-Flügel, der unlängst mit dem Rest der AfD-Fraktion für einen Antrag der FDP zur Unterstützung von Netanjahus Politik gestimmt hatte – zu einem der größten gemeinsamen Nenner und zur machtpolitischen Option geworden ist, war bereits unter Adenauer angelegt.

»Israel wird am Brandenburger Tor verteidigt!« formulierte der AfD-Bundestagsabgeordnete Anton Friesen die Losung der sich formierenden neuen deutschen Rechtsallianz. Für JafD »scheinen die Vogelschiss-Reden von Gauland im Vergleich mit der islamischen Bedrohung nichts als – um im Sprachbild zu bleiben – Pipifax zu sein«, deutet *Bahamas* schon mal an, dass auch irgendwann Schluss sein muss mit der Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit, wenn es um die gemeinsame gute Sache der Bekämpfung der »No-border-no-nation-Seligkeit« und die Umsetzung von Alexander Gaulands »bellizistischem Fazit« eines Bundeswehr-Einsatzes für Israel geht. Die vorerst noch virtuell im Internet mit Schlachtrufen wie »Disco, Disco, Merkava – antideutsche Antifa« für israelische Militärschläge gegen Gaza sich austobenden Bluträusche lassen erahnen, was sich entladen wird, falls der deutsche Imperialismus eines Tages von den Golanhöhen »zurückschießen« möchte.

Ulrike Meinhof hatte das alles bereits 1967 kommen sehen: »Der Einmarsch in Jerusalem wurde als Vorwegnahme einer Parade durchs Brandenburger Tor begrüßt«, notierte sie zur Berichterstattung der Springer-Medien über den Sechstagekrieg. Nicht die »Einsicht in die eigenen Verbrechen«, sondern der »israelische Blitzkrieg« sei der Grund für die deutsche Solidarität mit dem Judenstaat. Meinhofs Alptraum hat sich realisiert: »Der neue deutsche Faschismus hat aus den alten Fehlern gelernt, nicht gegen – mit den Juden führt Antikommunismus zum Sieg.«

Susann Witt-Stahl ist freie Journalistin und Autorin; sie publiziert seit Anfang der 2000er-Jahre zum Nahostkonflikt. Seit 2014 ist sie Chefredakteurin des Magazins für Gegenkultur *Melodie & Rhythmus*.

ANZEIGE



Ein hochaktuelles Buch zum Palästina-Konflikt!

Alternative Tourism Group
Palästina Reisehandbuch
Geschichte • Politik • Kultur
Menschen • Städte • Landschaften
664 Seiten • 15 x 22 cm • Gebunden
Über 800 Farb- und Schwarz-Weiß-Fotos
60 Karten und Stadtpläne
€ 29,90 • ISBN 978-3-930378-80-7

Als Standardwerk richtet sich das Buch nicht nur an politisch, geschichtlich, kulturell oder religiös interessierte Reisende, sondern an alle, die grundsätzlich mehr über Palästina und die Palästinenser erfahren möchten.

»Dieses Buch kann man nur loben.« / Rupert Neudeck

»Ein solch umfangreiches Kompendium hat auf dem deutschen Buchmarkt bislang gefehlt.« / Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel

»Das Reisehandbuch dokumentiert selbstbewusst, dass da mehr ist als das, was in einem Israel-Reiseführer steht.« / Süddeutsche Zeitung

»Wer dieses Buch gelesen hat, weiß alles über Palästina!« / Deutsch-Palästinensische Gesellschaft

»Das Buch ist randvoll mit Hintergrundinformationen – der umfassendste Palästina-Reiseführer auf dem Markt.« / Zenith – Zeitschrift für den Orient

PALMYRA VERLAG

Heidelberg • Tel. 06221/165409 • palmyra-verlag@t-online.de • www.palmyra-verlag.de

Palästina/Israel erscheint als Beilage der jungen Welt im Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin.

Redaktion: Stefan Huth (V.i.S.d.P.), Anzeigen: Peter Borak, Bildredaktion: Nikolas Sisic, Gestaltung: Michael Sommer.

„Endlich eine Tageszeitung, die ihren Leserinnen und Lesern gehört und für internationale Solidarität, gegen Krieg und Abbau demokratischer und sozialer Rechte eintritt!“

Glauben Sie uns kein Wort – testen Sie uns!

Drei Wochen! Kostenlos! Unverbindlich!

Jetzt bestellen unter jungewelt.de/probeabo • Abotelefon: 0 30/53 63 55-84



Zweierlei Staatsräson

U-Boote und mehr. Der größte Korruptionsfall in der Geschichte Israels – mit deutscher Beteiligung. **Von Shir Hever**

Benjamin Netanjahu wurde am 9. April 2019 erneut zum israelischen Ministerpräsidenten gewählt, obwohl gegen ihn drei Anklagen in drei verschiedenen Korruptionsverfahren anhängig sind. Der zuständige Staatsanwalt Avichai Mandelblit – rein zufällig ein enger Freund des Ministerpräsidenten – hatte zuvor entschieden, in einem vierten Korruptionsfall keine weitere Anklage gegen Netanjahu zu erheben, obwohl dieser Korruptionsfall einen weitaus größeren Umfang hat als die anderen drei. In Israel ist dieser Skandal als »Fall 3.000« oder »Kriegsschiffaffäre« bekannt.

Die Popularität Netanjahus war seit den 1990er Jahren gestiegen, weil er unter den Israelis Angst vor dem großen »Feind« Iran geweckt hatte, einem ehemaligen Verbündeten Israels, der laut Netanjahu die Zerstörung des Staates Israel plane und genauso gefährlich und antisemitisch sei wie Nazideutschland (obwohl die zweitgrößte jüdische Gemeinde im Nahen Osten im Iran lebt). Netanjahu unterstützte den Plan der israelischen Kriegsmarine, Unterseeboote einzusetzen, die dazu geeignet sind, Interkontinentalraketen mit hoher Reichweite abzufeuern, wenn nötig auch Atomraketen, die den Iran bedrohen können. U-Boote sind jedoch in der Anschaffung sehr teuer, also wirkte Netanjahu jahrelang auf sein Kabinett ein, den Betrag zum Kauf dieser U-Boote aus dem Verteidigungshaushalt freizugeben. Schließlich brachte Netanjahu das Kabinett dazu, dem Kauf von fünf U-Booten zuzustimmen. Mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel unterzeichnete er jedoch einen Vertrag, in dem der Kauf von neun U-Booten vereinbart wurde. Hinzu kam, dass die israelische Kriegsmarine eigentlich kleinere Patrouillenboote zum Schutz der israelischen Erdgasbohrinseln bestellen wollte, Netanjahu jedoch sehr viel größere und demzufolge teurere Kriegsschiffe orderte. Unter Einbeziehung geringfügiger Rabattnachlässe seitens der deutschen Regierung kosten diese Untersee- und Patrouillenboote den israelischen Steuerzahler schätzungsweise 4,5 Milliarden Euro. Als diese Fakten an die Öffentlichkeit kamen, wurden polizeiliche Ermittlungen eingeleitet, die einen ungeheuren Korruptionssumpf aufdeckten.

Hohe Provisionen

Thyssen-Krupp Marine Systems, ein Tochterunternehmen des deutschen Industriekonzerns, stellte in Israel einen Vertrauten von Netanjahu als Vertriebsrepräsentanten ein und garantierte ihm für den Deal eine Provision von zwei Prozent. Als Thyssen-Krupp bei den Verhandlungen mahnend einwandte, eine Provision von zwei Prozent sei weitaus höher als das, was normalerweise gezahlt werde, drohte der ehemalige Marinekommandeur Eljezer Marom damit, die U-Boote und Patrouillenboote statt dessen in Südkorea zu kaufen. Daraufhin machte Thyssen-Krupp Miki Ganor aus dem engeren Freundeskreis von Netanjahu zu seinem Vertriebsrepräsentanten. Die Provision von zwei Prozent (etwa 90 Millionen Euro) wurde mutmaßlich auf mehrere Personen verteilt, darunter Netanjahus Cousin und langjähriger Anwalt David Schimron, einige enge Freunde und der ehemalige Kommandeur der Kriegsmarine. Netanjahus Name tauchte auf der Liste der Verdächtigen nicht auf.

Es war nicht das erste Mal, dass Thyssen-Krupp in einen solchen Korruptionsfall verwickelt war. Bei Waffengeschäf-

ten spielt Korruption oft eine Rolle, wie Andrew Feinstein in seinem Buch »Waffenhandel« (»The Shadow World«, 2011) nachwies. Vor allem bei U-Boot-Deals fließen oft Schmiergelder, da sie wegen ihres hohen Preises und als reine Offensivwaffen besonders schwer zu verkaufen sind. Auch bei Thyssen-Krupps U-Boot-Geschäften mit Portugal und Griechenland sollen Bestechungsgelder geflossen sein. Griechenlands ehemaliger Verteidigungsminister Apostolos-Athanasios »Akis« Tsochatzopoulos wurde im Zusammenhang mit gezahlten Schmiergeldern wegen Vorteilsnahme zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Falle Israels betonte Kanzlerin Angela Merkel jedoch anlässlich der Unterzeichnung des ersten Vertrags über den Verkauf von U-Booten an Israel, der Schutz der israelischen Sicherheit sei »Teil der Staatsräson

der Überzeugung kommen, dass die Rüstungsindustrie und der Waffenhandel korrupt sind, könnten sie das Vertrauen in die Generäle verlieren, die so viel Einfluss auf die israelische Gesellschaft haben. Die israelische Polizei und das Justizsystem haben Angst vor den Folgen eines zu tiefen Einblicks in die Korruption des israelischen Militärs.

Thyssen-Krupp rausgehauen

Unterdessen stehen Thyssen-Krupp weitere Probleme ins Haus. Es ist ein angeschlagenes Unternehmen. Das israelische Finanzministerium erwartet bei Waffengeschäften, dass sie wechselseitig durchgeführt werden. Da Thyssen-Krupp Rüstungsgüter in Milliardenhöhe an die israelische Kriegsmarine verkauft hat, geht Tel Aviv davon aus, dass Deutschland im

„Vor allem bei U-Boot-Deals fließen oft Schmiergelder, da sie wegen ihres hohen Preises und als reine Offensivwaffen besonders schwer zu verkaufen sind.“

Deutschlands«. Die deutsche Regierung wollte damit Anschuldigungen entkräften, die israelische Sicherheit durch den Verkauf nutzloser U-Boote zu gefährden, der durch die Zahlung von Schmiergeldern begünstigt worden war, und kündigte an, das Abkommen zu annullieren, wenn Beweise für Korruption gefunden werden sollten.

Nachdem die israelische Polizei etwa zwölf Personen festgenommen hatte, die nach Aussagen eines Kronzeugen der Korruption im Zusammenhang mit dem Kauf der U-Boote verdächtigt wurden, änderte die deutsche Regierung ihre Meinung jedoch wieder und entschied, das Abkommen dennoch umzusetzen, womit sie klarmachte, was die eigentliche deutsche »Staatsräson« ist: die Kaufsumme von 4,5 Milliarden Euro.

Während des jüngsten israelischen Wahlkampfes enthüllten ehemalige Mitglieder des israelischen Kabinetts, dass Netanjahu einen geheimen Deal mit Merkel getroffen und zugestimmt hatte, dass Thyssen-Krupp den gleichen Typ von U-Booten auch an Ägypten verkaufen dürfe (wodurch Israels »strategischer Vorteil« zunichte gemacht wurde). Merkel hätte die Zustimmung Netanjahus zwar gar nicht gebraucht, diese schützte die Kanzlerin jedoch vor Anschuldigungen, sie engagierte sich nicht genügend für den Staat Israel. Netanjahu seinerseits hatte beschlossen, weder sein Kabinett noch die Kriegsmarine über dieses Arrangement zu informieren, obwohl beide ausdrücklich darüber in Kenntnis gesetzt werden wollten, welchen Typ von U-Booten das benachbarte Ägypten besitzt. Es ist unklar, welche persönlichen Vorteile Thyssen-Krupp oder Merkel Netanjahu als Gegenleistung für seine Zustimmung einräumten.

Warum wurde Netanjahu nicht wegen seiner Beteiligung an der Transaktion mit Thyssen-Krupp angeklagt? Dieser Fall scheint immerhin der größte Korruptionsfall in der Geschichte des Staates Israel zu sein, er berührt aber das Allerheiligste der israelischen Gesellschaft: die Sicherheit. Würden die Israelis zu

Gegenzug israelische Produkte für einen vergleichbaren Betrag kauft. Andernfalls würde das israelische Finanzministerium Thyssen-Krupp auf eine schwarze Liste setzen und die deutschen Importe nach Israel stoppen. Dadurch würde Thyssen-Krupp den Staat Israel als seinen weltweit größten Kunden verlieren.

Ein weiteres Mal versucht die deutsche Regierung, den Industriekonzern zu retten. Um Thyssen-Krupp vor der schwarzen Liste zu bewahren, kaufte Berlin im Gegenzug Waffen von Israel. Obwohl die Bundeswehr ihr Interesse an kleinen Überwachungsdrohnen bekundet hatte, entschied sich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen dafür, die derzeit größten Angriffsdrohnen der Welt zu kaufen: die »Heron TP« der Israeli Aerospace Industries (IAI), eine teure Drohne, die sich zum Transport schwerer Raketensysteme eignet. Trotz Protesten verschiedener Friedensorganisationen stimmte die deutsche Regierungskoalition einem Vertrag zu, 16 solcher Drohnen von IAI zu leasen, die jedoch in Israel stationiert bleiben sollen. Nach einer Parlamentsanfrage des Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko von der Partei Die Linke ist davon auszugehen, dass die von Deutschland geleaste Drohnen sehr wahrscheinlich regelmäßig in den palästinensischen Luftraum eindringen und das israelische Militär dabei unterstützen werden, die besetzten Gebiete zu kontrollieren.

Wenn es der deutschen »Staatsräson« wirklich um die Gewährleistung der Sicherheit Israels ginge, müsste Berlin dann nicht eher den Friedensprozess im Nahen Osten fördern, statt weitere Anstrengungen zu unternehmen, noch mehr Waffen an Länder des Nahen Ostens zu verkaufen?

Übersetzung aus dem Englischen:
Jürgen Heiser

Shir Hever ist Aktivist, Journalist und Ökonom. Schwerpunkt seiner Forschungen sind die ökonomischen Aspekte der israelischen Besatzung in Palästina und der israelische Waffenhandel.

ANZEIGEN

PROMEDIA

FÜR EIN ENDE DER BESATZUNG

Eyal Sivan/Armelle Laborie

LEGITIMER PROTEST

Plädoyer für einen kulturellen und akademischen Boykott

ISBN 978-3-85371-436-2, br., 184 Seiten, 17,90 Euro

E-Book: ISBN 978-3-85371-862-9, 14,99 Euro

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder auf www.mediashop.at

**Ja zum Völkerrecht!
Ja zur Beendigung der Besatzung
Palästinas und der Gaza-Blockade!**

**Ja zu einem gerechten Frieden
in Nahost!**

**Nein zu Trumps
»Deal des Jahrhunderts«!**

Nein zu Annexion!

Widerstand jetzt!

- Gegen die Einschränkungen der Meinungsfreiheit!
- Gegen Verleumdungen von Kritiker*innen israelischer Politik und gegen Raumverbote – auch in Deutschland!

DIE LINKE.

Bundesarbeitskreis Gerechter Frieden in Nahost
Sprecherinnenrat

bak-nahost-linke@t-online.de